

NAHOSTKRIEG

Gegen die Kriegstreiber im eigenen Land: Dialog *und* Widerstand

Die Tabuisierung der Rolle Israels als eine aggressive und expansionistische Macht im Nahen Osten bildet in Deutschland das Einfallstor für die Einbindung in den «Krieg gegen den Terror».

Diese Tabuisierung, vorgeblich vorgenommen als Lehre aus dem Holocaust, charakterisierte lange Jahre die Position des deutschen Bürgertums, das dahinter seine Verantwortung für den Judenmord versteckte. Nach dem Fall der Mauer wurde sie von den sog. «Antideutschen» aufgegriffen. Solche Positionen bemächtigen sich nunmehr vom Rand her auch der LPDS und drohen deren Fähigkeit, Antikriegspartei zu sein, in Frage zu stellen.

Wir erfahren, dass Mitglieder der LPDS Sachsen in einem Offenen Brief an die Mitglieder der Linksfraktion im Bundestag

Anstoß nehmen an Äußerungen von Norman Paech und Wolfgang Gehrcke und fordern, den «wichtigen Reflexionsprozess der letzten Jahre» nachzuvollziehen, als da sind: «grundsätzliche (!) Solidarisierung mit Israel» «und Entsolidarisierung mit religiösen, fundamentalistischen (Volks-)Befreiungsbewegungen» – womit vorwiegend Hamas und Hizbollah gemeint sind, die «keine demokratischen Organisationen, sondern faschistische Strukturen» seien.

Wir erfahren von Oskar Lafontaine in seiner Antwort auf den Offenen Brief, «dass die Linke in diesem Konflikt nicht parteiisch sein darf» – was wohl nichts anderes heißen kann, als dass sie der realen, von Israel ausgehenden Aggression nicht entgegen treten soll. Wir erfahren, dass der Berliner Senat Hizbollah-Anhängern verbietet, auf Demonstrationen ihre Parteifahne zu zeigen, dies sei Volksverhetzung.

Erfolgreich sickert das Gift, das der 11.9. versprüht hat, in die

Hirne. Zwar lehnen immer noch 59% der Menschen hierzulande eine deutsche Beteiligung an der geplanten UNO-Truppe ab, aber gewisse Kreise scheinen daran zu arbeiten, dass in Deutschland die Zeit der Schonung vor Anschlägen vorbei ist. Kein Instrument taugt besser zur Vernebelung der Hirne und politischen Manipulation als das Schüren von Angst. Und keine Regierung weiss das heute so gut und setzt dieses Instrument so gezielt ein wie die israelische. Deren Erfolgsrezept beruht fast ausschließlich darauf, dass sie die Mehrheit der Bevölkerung in Angst und Schrecken vor einem äußeren Feind hält. Nichts Schlimmeres kann ihr passieren, als dass ihr dieser abhanden kommt. Deshalb ignoriert sie Angebote wie die jüngste «nationale Plattform» Palästinas, die alle politischen Kräfte in der Akzeptanz einer Zwei-Staaten-Lösung und dem Verzicht auf gewaltsamen Widerstand vereint – und beantwortet sie mit Bomben.

Die Kritik, die an die israelische Politik zu richten ist, betrifft kein Detail. Sie richtet sich fundamental dagegen, dass diese Gesellschaft in einem permanenten Zustand der Furcht, des Expansionsdrangs und der Vorwärtsverteidigung gehalten wird, damit ihre Lebenslüge nicht auffliegt: Einen Frieden mit den Arabern könne es nie geben.

Wir wissen in Deutschland, wie es ist, wenn eine Gesellschaft sich in einen Wahn hineinsteigert. Mit Vernunft ist dem nicht beizukommen – doch braucht es den Appell an die Vernünftigen. Und das ist nicht die Regierung,

sondern es sind die kleinen Friedensgruppen und NGOs, die sich seit Jahr und Tag für den israelisch-arabischen Dialog einsetzen.

Gute Worte allein tun's allerdings auch nicht. Damit die Gesellschaft aufwacht, brauchen solche Regime Niederlagen. Das militärische Scheitern des zweiten Libanonkriegs kann nur heilsam sein. Unter einer Voraussetzung: Dass sich die Stärke des (auch militärischen) Widerstands auf arabischer Seite mit einem politischen Angebot für Frieden und Zusammenarbeit verbindet – z. B. eine Nahostgemeinschaft mit sicheren Grenzen, Abrüstung und Repatriierung.

Das Hauptproblem der heute antiimperialistisch gesinnten arabischen Kräfte ist, dass sie ein solches Angebot nicht entwickeln, sondern in ihrer Rhetorik eher denen recht geben, die eine Vernichtung der nationalen Existenz der Israelis befürchten. Das schadet ihnen und erschwert die Solidarisierung. Hier ist ein sehr kritischer Dialog mit Hizbollah und Hamas angebracht.

Die Linie, die sich in den jüngsten Friedensdemonstrationen herausgebildet hat, ist richtig: Keine Transparente und Losungen, die Israel in die Nähe des Nationalsozialismus rücken, aber Verteidigung des Rechts von Hizbollah und Hamas, mit ihren Fahnen an den Demonstrationen teilzunehmen, wie jüdische Gruppen es auch mit der Israelfahne tun.

ANGELA KLEIN

(Aus: SoZ, Nr. 9, September 2006)

SoZ Sozialistische Zeitung

monatlich mit 24 Seiten Berichten und Analysen zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn und den Perspektiven linker Opposition

SoZ-Verlag · Dasselstr. 75–77 · D-50674 Köln
Fon (02 21) 9 23 11 96 · Fax 9 23 11 97
redaktion@soz-verlag.de · www.soz-plus.de

Ich bestelle eine

- kostenlose **Probeausgabe**
- Probeabo** (4 Ausgaben) gegen 10-Euro-Schein
(keine automatische Verlängerung)

Name _____ **Anschrift** _____

Ausschneiden und einsenden an: SoZ, Dasselstr. 75–77, 50674 Köln

Was will die SoZ?

■ Die *Sozialistische Zeitung* (SoZ) setzt sich zum Ziel, publizistisch dazu beizutragen, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, geknechtetes, verlassenes und verächtliches Wesen ist.
■ Sie versteht sich deshalb als Teil der emanzipatorischen Bewegungen, deren Ziel die Befreiung der Menschen von Unterdrückung, Ausbeutung, Entfremdung und Gewalt ist.
■ Der Kampf für umfassende Emanzipation kann nur erfolgreich sein, wenn die unterdrückten und entfremdeten Menschen sich für ihre eigenen Interessen und gegen Unterdrückung und Erniedrigung selbst engagieren. Deshalb verteidigt die SoZ demokratische Ansprüche individueller wie kollektiver Art und bekämpft alle Formen ausgrenzender Diskriminierung (Chauvinismus, Sexismus, Rassismus, Antisemitismus usw.) in der bürgerlichen Ge-

sellschaft wie auch innerhalb linker Organisationsformen.
■ Der Kampf für umfassende Emanzipation in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft wird nicht zuletzt entlang des Widerspruchs zwischen Lohnarbeit und Kapital geführt. Deshalb versteht sich die SoZ als grundsätzliche Gegnerin der weltweit vorherrschenden kapitalistischen Gesellschaft und ergreift Partei für die gegen Profitstreben und Konkurrenzkampf streitenden abhängig Beschäftigten.
■ Es gibt Widersprüche, die nicht auf den Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital zu reduzieren sind – die Geschlechterfrage und die Ökologiefrage bspw. oder die Missachtung demokratischer Rechte von besonders unterdrückten und benachteiligten Bevölkerungsteilen. Deren praktische und theoretische Bearbeitung erfordert eigenständige Mittel. Ihre besondere Ausformulierung erfahren diese Widersprüche durch die bürgerliche Gesellschaft und den sie

zentral durchziehenden Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit. Es bedarf deswegen einer neuen, sich nicht selbst herstellenden Einheit in der Vielfalt, eines neuen Bündnisses von demokratischen und sozialistischen Kämpfen.
■ Da der Kampf um umfassende Emanzipation ein internationaler ist und letzten Endes auch nur dann erfolgreich sein kann, wenn er als internationalistischer weltweit geführt wird, versteht die SoZ die Förderung internationaler Solidarität und internationaler Zusammenarbeit als eine besondere Aufgabe der Zeitung.
■ Notwendig ist eine sozialistische Gesellschaft. Ihre ökonomische Grundlage kann nur sein: eine demokratisch geplante, selbstverwaltete Wirtschaft, die sich vor allem an den Bedürfnissen der Menschen orientiert – anstatt am Profit der Unternehmer und Banker oder den Privilegien der Bürokraten. Ihre politische Grundlage kann nur sein: Die Verwirklichung der breitesten Demokratie, die Selbstbestimmung

der Produzenten und die Selbstorganisation aller, die einer besonderen Form der Unterdrückung unterliegen. Ziel muss also eine Gesellschaft sein, die im Gegensatz zur bürgerlich-kapitalistischen Klassengesellschaft und zu den ehemaligen bürokratischen Regimen (in der Ex-DDR, der Ex-UdSSR, in China usw.) steht. Sozialistische Demokratie kann sich nur da entwickeln, wo individuelle Rechte garantiert und erweitert werden, wo sich politische, soziale und kulturelle Demokratie entwickeln kann, ohne auf Grenzen von Macht und Herrschaft zu stoßen.
■ Eine solche Gesellschaft von morgen wird in den Kämpfen von heute aufgebaut. Die SoZ als eine von Parteien unabhängige Zeitung tritt in diesen Kämpfen für die Einheit der sozialistischen Kräfte und für den Aufbau einer organisierten Gegenmacht ein, die uneingeschränkt für diese Ziele steht.
Auszug aus dem Redaktionsstatut der SoZ